

# Wien ist anders! - Ist Wien anders?

## Marginalien zur Wiener Kunstpolitik

Von Heidi Grundmann

Der Schreck der nahenden Jahrtausendwende ist Wien noch nicht ins Mark gefahren. Er wird abgefedert von der inzwischen magischen Jahreszahl 1995: 1995 ist das Jahr der "Trägerrakete" EXPO, die Wien und - wie manche hoffen - ganz Österreich sozusagen automatisch ins nächste Jahrtausend katapultieren wird, samt gelösten Problemen aller Art. Originelles Motto der Weltausstellung EXPO 95, die gemeinsam mit Budapest durchgeführt werden soll: "Brücken in die Zukunft"...

In Wien treffen naturgemäß wie sonst nirgends in Österreich Bundes-, Landes- und städtische Kulturpolitik aufeinander, wobei wenigstens Landes- und städtische Kulturpolitik ein und dasselbe sind, ist Wien doch Stadt und Bundesland zugleich. Wien ist immer noch ein, wie es scheint, weder durch Skandale noch durch weltpolitische Veränderungen erschütterlicher Hort des Austrosozialismus. Die Stadt ist auch Standort der großen kulturellen Institutionen des Bundes - der Bundestheater genauso wie der großen Museen, der wichtigen Hochschulen und Universitäten, sowie der dazugehörigen Behörden. Doch Wien wäre nicht Wien, wenn zwischen den zahlreichen für Kultur, oder im engeren Sinne bildende Kunst, zuständigen Stellen harmonisches Einvernehmen oder gar Kooperation herrschte. Im Gegenteil: am liebsten verkehrt man überhaupt nicht untereinander, und es gehört zu den schwierigsten Aufgaben von Veranstaltern, die von allen zuständigen Stellen Subventionen erhalten haben, die gesellschaftlichen Ereignisse, Eröffnungsreden, Pressekonferenzen etc. so zu organisieren, daß allen Ministern und Stadträten Genüge getan wird und keine(r) beleidigt ist.

Die herannahende Weltausstellung hat natürlich bereits auf Gemeinde- und ministerieller Ebene Strukturen und Beiräte gezeitigt, die andernorts als Parallelerscheinungen betrachtet würden. Wobei Beiräte bei der Gemeinde Wien etwas weit weniger Selbstverständliches sind als etwa beim Ministerium für Unterricht, Kunst und Sport, das seit Jahren schon in sogenannten Kunstberichten einer bei der Gemeinde erst seit kurzem praktizierten Transparenz der Vergabe von Fördermitteln frönt. Diese Transparenz verdeutlicht auch die seit Jahren beklagten und unveränderten Schwächen einer gießkannenartigen Förderung. In der Gemeinde Wien ist man stolz darauf, daß die 3,5 Millionen Schilling, die jährlich für Kunstankäufe bei den fast 2.000 in

Wien lebenden Künstlern ausgeschüttet werden, so verteilt werden, daß für jeden Ankauf ein Durchschnittswert von S 22.000,- herauskommt. Tatsächlich dürften die ca. sechs Millionen Schilling, die der Bund in ganz Österreich für Ankäufe ausgibt, noch viel breiter gestreut sein. Da höchstens alle zwei, drei Jahre "angekauft" wird, trägt ein Tröpfchen aus dieser Gießkanne herzlich wenig zu kontinuierlichen Arbeitsmöglichkeiten der Künstler bei. Die zuständige Bundesministerin, Hilde Hawliczek, bekennt sich nicht zuletzt auf der Basis eines erst 1988 verabschiedeten Bundes-Kunstförderungsgesetzes trotzdem tapfer zu einem Recht der Künstler auf Förderung ihrer Arbeit und einer Verantwortung des Staates für die Gewährleistung des "Fortbestandes der experimentellen, innovativen, nicht markt- und konsumorientierten Kunst". Diese Überlegungen finden ihren Niederschlag in einer Ausweitung der Vergabe von Jahres- und Arbeitsstipendien, in der Absichtserklärung verstärkt Projektförderung betreiben zu wollen (Definitionen und Beispiele fehlen in den Kunstberichten), in der Errichtung von Ateliers im Inland (d.h. vor allem in Wien) und im Ausland.

Selbst die Gemeinde Wien und ihre Festwochen haben erkannt, daß Wien im sich verschärfenden Kultur-Wettstreit der Großstädte nicht ohne bildende Kunst auskommen kann. Die Festwochen werden übrigens von einer Präsidentin und de facto Intendantin - Ursula Pasterk - geführt, die zugleich auch die Kulturstadträtin ist, die wiederum die Festwochen subventioniert - eine sehr wienerische Konstellation. Zur Zeit sieht es so aus, als ob die Gemeinde - die im Gegensatz zu den meisten österreichischen Bundesländern und zum Bund selbst noch immer über kein Kunstförderungsgesetz verfügt - auch weiterhin die Förderung der vielen in Wien versammelten Künstler dem Bund überlassen wird, sich dafür aber mehr und mehr um Veranstaltungen bemühen will, die städtisches Profil bringen. Der notorischen Knappheit an Ausstellungsfläche will man vorläufig - 1995 soll sich durch eine neue Kunsthalle im Museumsquartier ohnehin alles ändern - durch eine temporäre Kunsthalle und vor allem durch eine jährliche Ausstellungs-Koproduktion von internationalem Niveau mit dem Museum moderner Kunst im sogenannten Zwanzigerhaus entgegenwirken.

"Kultursponsoring" - also private Kunstförderung, vor allem



Die Kunsthändler John Sailer und Kurt Kalb beim Drei-Tagesfest bei Hermann Nitsch in Prinzendorf, 1984



Hans Hollein und Dieter Ronte



Arnulf Rainer vor den "Straßenräubern"



Evelyne Egerer, Ingeborg Strobl, Birgit Jürgenssen u. Ona B. (v.l.n.r.)



Christian Ludwig Attersee



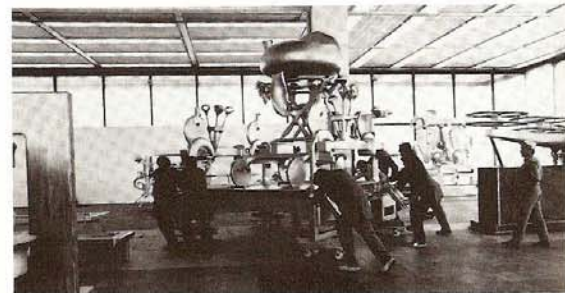
Oswald Oberhuber



Malaktion am Hrdlicka-Denkmal



Hermann Nitsch



Ausstellung Bruno Gironcoli, Museum des 20. Jahrhunderts

durch Firmen - ist in Wien immer noch ein Zauberwort. Zwar weiß die Kulturministerin Hilde Hawliczek: "Die private Kunstförderung spielt eine gewisse Rolle, wird aber niemals die öffentliche Kunstförderung ersetzen können" und strebt nicht ohne Hoffnung eine "Kulturmilliarde" als ihr Budget an. Im für die Museen und Hochschulen zuständigen Wissenschaftsministerium und besonders auch in der Gemeinde Wien will man sich gerne durch Private unterstützen bzw. überhaupt ersetzen lassen. Z.B. bei der Erhaltung so teurer und letztlich als Künstlervereinigung (was ihr Programm betrifft) vielleicht auch nicht hundertprozentig "verlässlicher" Häuser wie der Wiener Secession. Das als Touristenattraktion geltende Gebäude wurde zwar renoviert, für die laufenden Kosten gibt es aber keine Subventionen. Der Präsident der Künstlervereinigung, Edelbert Köb, ist dauernd auf der Suche nach Privatgeld, um die anspruchsvolle Ausstellungslinie seines Hauses durchhalten zu können. Doch der Wiener Markt ist klein und verzettelt, und so manche Firma wechselt Kultursponsoring immer noch mit billiger Eigenwerbung. "Sponsoring wird - wegen zunehmender Konkurrenz durch Musikveranstalter, Museen, Hochschulen - immer schwieriger", seufzte Köb erst kürzlich vor seiner Generalversammlung.

Private Sponsoren sollen - in einem ersten Schritt - auch der in der österreichischen Bundeshauptstadt total darniederliegenden "Kunst im öffentlichen Raum" auf die Sprünge helfen: die Galeristin Grita Insam ist bereits dabei, geeignete Standorte, geeignete international renommierte Künstler und zahlungskräftige Sponsoren für ein Programm zu finden, bei dem die Gemeinde den Sponsoren, wenn nötig, beispringen, in jedem Fall aber in den Besitz der in ihrem öffentlichen Raum aufgestellten Werke gelangen wird (siehe S.60). Als Ergänzung zu diesem "eher traditionellen" Projekt, so ein Sprecher des Kulturamtes, soll es in Wien in Zukunft auch eine Aktivierung, unter Umständen sogar Irritierung von Stadträumen durch "Kunst auf Zeit" geben. Ebenfalls noch Zukunftsmusik ist ein Gesetz, das in einer Muß-Bestimmung ein bis zwei Prozent der Bausumme öffentlich finanziert Wohn- und vor allem Tiefbauten für Kunst vorsieht.

Dies wäre für Wien ein geradezu revolutionärer Schritt, wenn man bedenkt, daß in dieser Großstadt vor einiger Zeit sogar die äußerst bescheidenen Ansätze zu einer "künstlerischen Aus-

schmückung" öffentlicher Wohnbauten einfach ausgesetzt wurden, ohne daß das im übrigen irgend jemandem aufgefallen wäre... Vorerst aber werden Künstler - einen gewissen Bekanntheitsgrad vorausgesetzt - wohl auch in Zukunft am besten damit fahren, wenn sie den entscheidungsfreudigen Wiener Bürgermeister, Helmut Zilk, persönlich für ihre Projekte begeistern. Ohne Wettbewerb oder Jury ist zumindest in der Vergangenheit so mancher bürgermeisterliche Direktauftrag realisiert worden: für Mahnmale, Skulpturen, Brunnen und ganze Wohnhäuser. So ist dem Hundertwasserhaus längst ein Arik-Brauer-Haus gefolgt - im Volksmund "Fünzigwasserhaus" genannt.

Auch das Denkmal gegen Krieg und Faschismus von Alfred Hrdlicka auf dem Platz vor der Wiener Albertina wurde im Auftrag des Wiener Bürgermeisters ohne Wettbewerb und ähnliche lästige Mechanismen erstellt. Eines der Hauptprobleme des teuren aber noch immer unvollendeten, Kunstwerkes: die Figur des die Straße waschenden Juden wurde von Passanten als Sitzplatz zum Jausen verwendet. Hrdlicka wollte dagegen eine Art symbolischen Stacheldraht aufstellen, der Gemeinde war das zuviel des Symbolismus, sie plädierte auf Glaswände... Während die - durch das heikle Thema und das Naturell des Künstlers verlangsamten - Verhandlungen mühsam aufrecht erhalten wurden, kam kürzlich ein gewisser Johannes Goldhoff und vollbrachte einen "Goldanschlag auf den straßenwaschenden Juden". Er bemalte die Figur mit einer flüssigen Goldlösung. Gold, so Goldhoff, ist "durch den immerwährenden Umschmelzungsprozeß in jedem Goldschmuckstück und in jeder Goldmünze ein aus dem Kiefer eines KZ-Insassen gebrochener Goldzahn oder ein vom toten Finger eines Stalinopfers gezogener Ring eingeschmolzen". Ergebnis der Aktion: die

Polizei amtshandelte nach einigem Zögern ("Haben Sie einen Auftrag?"), beschlagnahmte den Plastikübel, der nur noch letzte Goldfarbreste enthielt. Die Figur des vergoldeten Juden wurde entfernt, um gereinigt zu werden.

P.S.: Alfred Hrdlicka hat sich inzwischen durchgesetzt: Der Rücken des gereinigten straßenwaschenden Juden ist durch Stacheldraht vor tausenden Touristen geschützt - Hunde werden auch weiterhin ihre Beine in Richtung Denkmal lüpfen können.

Heidi Grundmann ist Redakteurin bei der ORF in Wien.



Werbung an den Straßen nach Wien